

International

Die Zeitschrift für internationale Politik

III / 2008 • 7,50 €



Sudan / Darfur

Zurück in die Wirklichkeit

Sicherheitspolitik | Kroatien | Mittelmeerunion | Europa | Georgien
Sozialismus des 21. Jahrhunderts | Israel/Palästina | Afghanistan

ISSN 1010-9285 • Pbb. • Verlagspostamt 1150 Wien • 0202033387 • Coverbild: System/Concept

INHALT

Editorial

Fritz Edlinger 1

Österreich/Europa

Sicherheitspolitik ohne Fehler?

Von Heinz Gärtner 2

Kroatien

EU-Kandidat in Warteschleife

Von Hannes Hofbauer 4

Europa

»Club Med« – Union für das Mittelmeer

Von Michael Reinprecht 8

Europa

Die EU braucht eine neue Philosophie, die die Nachkriegszeit überwindet & sich auf eine globalisierte Welt einstellt

Kommentar von Hannes Swoboda 11

Sudan

Darfur – Zurück in die Wirklichkeit

Von Stefan Kröpelin 13

Ideologie

Kapitalismus mit menschlichem Antlitz?

Ein Vorwort von Herbert Berger 18

Ideologie

Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Von François Houtart 19

Österreich

Gimme shelter!

Kommentar von Andreas Schieder 22

Globale Verantwortung!

Kommentar von Ulrike Lunacek 24

Was ist linke Außenpolitik?

Kommentar von Leo Gabriel 27

Palästina

»Sie wollen uns entwurzeln!«

Von Jamal Juma 29

Georgien

Krieg in Georgien

Von Wolfgang Freisleben 33

Afghanistan

Ewiger Zankapfel im Spiel der Mächtigen

Von Beatrix Schönfeld-Pfennigbauer 35

Internationale Wirtschaft

Weltwirtschaft in Stichworten

Von Herbert Strunz 38

Bücherschau

Aktuelle Rezensionen

..... 40

IMPRESSUM

INTERNATIONAL – Die Zeitschrift für internationale Politik.
Herausgeber: Fritz Edlinger. **Grafik & Redaktionelle Mitarbeit:** Paul Lanz, Dominik Reiser, Alexandra Sassmann. **Redaktion & Verwaltung:** Stutterheimstr. 16–18/2/5, 1150 Wien, Tel.: 01 5229111, Fax: 01 5229111-9, Internet: www.international.or.at, E-Mail: redaktion@international.or.at (Redaktion), office@international.or.at (Administration), abo@international.or.at (Aboabteilung). **Druck:** Druckerei Bauerdruck KG, Wien. **ISSN** 1010-9285. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar.

Bild: www.bmlvgv.at, Österreichisches Bundesheer



Heinz Gärtner analysiert die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Seite 2

Bild: Hannes Hofbauer, Hauptstraße von Vukovar



Hannes Hofbauer berichtet über Kroatien und dessen Anstrengungen bald in die Europäische Union aufgenommen zu werden.

Seite 4

Bild: Stefan Kröpelin, UN-Hauptquartier, Khartoum



Stefan Kröpelin beschreibt die aktuelle Lage im Sudan und das Unvermögen der westlichen Politik, Medien & Vereinten Nationen damit umzugehen.

Seite 13

Bild: www.stopthewall.org



Jamal Juma berichtet im letzten Teil seiner Serie von der Apartheidmauer, der israelischen Besatzungspolitik und ihre Folgen.

Seite 29

Coverbild: Stefan Kröpelin, Luxushotel Al-Fatih, Khartum



Bei der Realisierung dieser Ausgabe haben wir es wieder einmal sehr bedauert, lediglich eine Vierteljahreszeitschrift herauszubringen. Wollten wir nur die wichtigsten internationalen Ereignisse behandeln, hätten wir einen vielfachen Seitenumfang zur Verfügung haben müssen. Wir entschuldigen uns daher im Voraus für die zahlreichen Lücken in diesem Heft, werden aber wichtige Ereignisse wie zum Beispiel die Präsidentenwahl in den USA und den Irankonflikt in unseren nächsten Ausgaben behandeln.

Zur Krise in Georgien möchte ich Sie als erste Annäherung auf den Beitrag von Wolfgang Freisleben hinweisen. Dieser behandelt ein sicherlich nicht unwichtiges Randthema des für manche Beobachter nicht ganz überraschend ausgebrochenen Konfliktes. Weitere, ausführlichere Artikel zum Kaukasus werden folgen. Im Voraus seien mir aber einige Worte gestattet: Sosehr die russische Reaktion auf die Aktionen der georgischen Armee als unangemessen und brutal abzulehnen sind, so finde ich es einigermaßen merkwürdig, dass geflissentlich die jahrelange provokante Politik des pro-amerikanischen Präsidenten Georgiens übersehen wird. Dass die kritischen Beobachtungen der OSZE in den Mainstream-Medien bei weitem nicht jene Prominenz erhielten wie die Berichte über angebliche oder auch tatsächliche Exzesse der russischen Armee ist in diesem Zusammenhang daher auch nicht weiter überraschend. Ich halte das Gefasel von der Gefahr eines neuen Kalten Krieges für absolut übertrieben. Vielmehr sollten sich vor allem die europäischen NATO-Staaten die selbstkritische Frage stellen, warum sie den Abchasen und Osseten jenes Recht verweigern, welches für die Kosovaren außer Streit stand. Wie hat schon Heinz Gärtner in unserer jüngsten Ausgabe in seinem Kommentar zum Bukarest-Gipfel

der NATO geschrieben: »Die Frage nach der künftigen Identität der NATO bleibt auf der Tagesordnung.« Nach den jüngsten Ereignissen im Kaukasus noch umso mehr.

Unsere üblichen Europaseiten mussten aus Platzgründen diesmal zwei aktuellen Artikeln weichen: Hannes Swoboda befasst sich mit den Zukunftsperspektiven der EU und Michael Reinprecht mit der auf französische Initiative ins Leben gerufenen Mittelmeerunion.

Beiträge über Afghanistan (hier begrüßen wir mit Beatrix Schönfeld-Pfenningbauer eine neue Mitarbeiterin) und Sudan befassen sich mit der Situation in zwei langjährigen Krisenherden, teilweise jedoch aus einer in den Massenmedien unüblichen Perspektive.

Ich darf die aufmerksamen LeserInnen unserer Zeitschrift weiter darauf hinweisen, dass wir mit dieser Ausgabe zwei Kurzserien beenden, nämlich jene von Hannes Hofbauer über Südosteuropa und jene von Jamal Juma über Konsequenzen der israelischen Besatzungspolitik in Palästina. Ich bedanke mich bei den Autoren für ihre äußerst fundierten Beiträge, kann aber unseren Leserinnen und Lesern garantieren, dass wir uns mit beiden Themen auch weiterhin intensiv und kritisch befassen werden.

Somit möchte ich abschließend nur noch auf die diversen Kommentare verweisen, die sich mit außenpolitischen Aspekten der kommenden Nationalratswahlen beschäftigen. Wir werden sicherlich in der nächsten und übernächsten Ausgabe die Ergebnisse dieser Wahlen und deren mögliche Auswirkungen auf Österreichs Außenpolitik näher analysieren. 🌐

Fritz Edlinger

E-Mail: fe@international.or.at

Darfur – Zurück in die Wirklichkeit

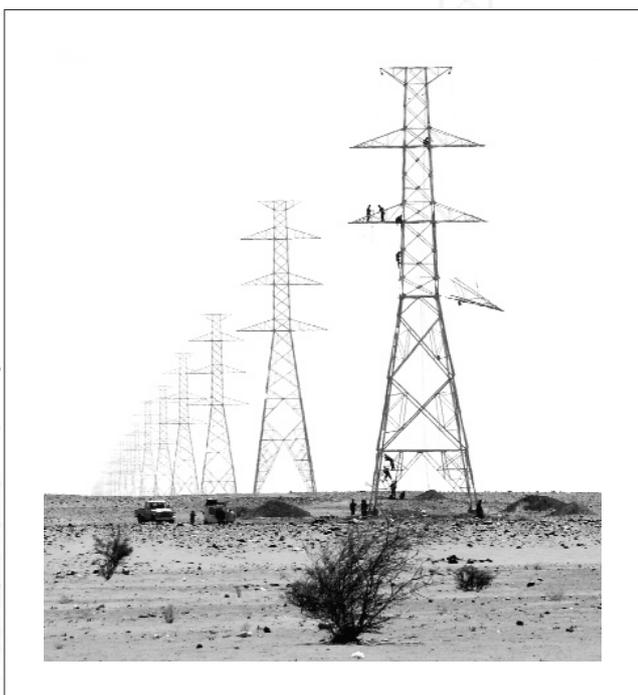
Das Unvermögen westlicher Politik, Medien & Vereinter Nationen

Die Auseinander-

setzungen im Darfur-Konflikt überschreiten die Grenzen, die Erfolgchancen der UN- und AU-Missionen sinken, die negativen Folgen einseitiger Meinungsmache werden immer deutlicher. In den Köpfen westlicher Politiker ist ein virtuelles Bild entstanden, das nur noch wenig mit der Realität gemein hat und kaum dazu beitragen kann, die Lage der Menschen langfristig zu verbessern. Aktueller Höhepunkt der fatalen Entwicklung ist die Anklageerhebung des Internationalen Gerichtshofs gegen den sudanesischen Präsidenten.

Von **STEFAN KRÖPELIN**

Bild: Stefan Kröpelin, Bau von Hochspannungsmasten in der Wüste, westlich Ed Debba



Die in einem Beitrag in INTERNATIONAL IV/2006 behandelte Problematik des Darfur-Konflikts hat nichts von ihrer Aktualität verloren – im Gegenteil.

Fragen über Fragen

Es erscheint wenig aussichtsreich, eine Korrektur der öffentlichen Meinung in Sachen Darfur und Sudan wagen zu wollen angesichts einer praktisch gleich lautenden westlichen Berichterstattung und Kommentierung in Presse, Funk, Fernsehen und rund 20 Millionen Google-Links. Was seit fünf Jahren so einmütig auf allen Kanälen wiederholt und darüber hi-

naus von Sympathieträgern von George Clooney bis Elton John unterstützt wird, kann beim Leser, Hörer, Zuschauer, Internetsurfer und Politiker kaum Skepsis auslösen. Selten in der Nachkriegszeit existierte zu einem Thema eine solche, scheinbar über jeden Zweifel erhabene einhellige Meinung in der breiten Öffentlichkeit Europas und der USA. Dennoch stoßen mit den Gegebenheiten im Sudan Vertraute immer wieder auf Ungereimtheiten, sachliche Fehler und Unwahrheiten in den Medienberichten, die nur in Ausnahmen von Reportern stammen, die wenigstens kurz vor Ort waren, in der überwiegenden Mehrheit aber auf unüberprüften Quellen und Kolportagen beruhen.

Nur wenige Foren bieten noch die Gelegenheit, der Öffentlichkeit authentische Informationen, Hintergründe, Richtigstellungen und vom gängigen Schema abweichende Einschätzungen zu präsentieren. Und Fragen zu stellen: Wer eigentlich den Darfur-Konflikt begonnen hat; worauf sich die unablässig wiederholten Angaben von Hunderttausenden Toten stützen; ob es wirklich einen »Völkermord« gab und gibt; warum man trotz der allgemeinen Verfügbarkeit höchstauflösender Satellitenbilder auf Kinderzeichnungen zurückgreift, um eben diesen zu belegen zu versuchen; warum man in den Flüchtlingslagern fast nur Frauen und Kinder antrifft, und warum sich dort überhaupt so viele Menschen befinden; ob die eingerichteten Lager ausschließlich unmittelbar Bedrohte angezogen haben; ob die Unsicherheit dort wirklich zugenommen hat, und wenn warum; ob nicht politisch-ökonomische Interessen ausländischer Mächte eine große Rolle spielen; wer ein Interesse daran hat, den Sudan zu stigmatisieren, und wer hinter den millionenschweren Kampagnen steckt; warum nicht andere, kaum weniger schlimme Krisen wie im Kongo thematisiert werden; ob Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen nicht die Lage dramatisieren, um mehr Fördermittel einzuwerben, und wie viel davon bei den Betrof-

fenen ankommt; ob sich die Lebensbedingungen der Darfur-Bewohner erst und allein durch den Konflikt der letzten fünf Jahre verschlechtert haben; ob die Zentralregierung in Khartum tatsächlich »islamistisch« ist und an Allem die Schuld trägt; ob der wirtschaftliche Boykott und die Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll waren; ob der bisherige ausländische Militäreinsatz etwas gebracht hat und ob die Entsendung weiterer Truppen eine Lösung der Probleme näher bringt. Die Fragen ließen sich noch länger fortsetzen.

Eindrücke aus der Boomtown Khartum

Was der Sudan-Besucher hingegen denen zu berichten weiß, die das Land nur aus der Mediadarstellung der letzten Jahre kennen, steht in krassem Gegensatz zu den gängigen Schilderungen und Schwarzweiß-Malereien und wirkt offenbar so unglaublich, dass man sich schnell als »willfährig um kommode Forschungsgenehmigungen Beflissenen« (wie vom Chefredakteur des deutschen GEO) oder als Verharmloser wenn nicht gar als von der sudanesischen Regierung Gedungenen (in Blogs und Leserkomentaren) bezeichnet sieht.

Wohl nirgends auf dem afrikanischen Kontinent findet zurzeit ein größerer Entwicklungsschub statt als im Großraum Khartum. Die in den letzten 15 Jahren von drei auf neun Millionen Einwohner angewachsene Dreistadt Khartum-Omdurman-Bahri ist eine Boomtown mit zahlreichen Großbaustellen, mit Verkehrsstaus trotz neuer achtspuriger Stadtautobahnen, mit modernen Einkaufszentren, wo sich vor kurzem noch armselige Verkaufsstände befanden; Nil-Brücken, Geschäfte, Werkstätten, Restaurants, Cafes und Tankstellen schießen aus dem Boden; ebenso Luxushotels und neue Flughafengebäude mit stark ansteigenden Passagierzahlen und problemlosen Einreiseformalitäten – ein noch größerer Flugplatz mit Bahnanbindung ist in Planung. Am Zusammenfluss von Blauem und Weißen Nil entsteht gar ein architektonisch innovativer Gebäudekomplex mit Dubai-Anklängen. Wo man früher fast nur klapprige Fahrzeuge sah, begegnet man heute mehr Neuwagen als in mancher europäischen Stadt. Auch die gepflegten Kirchen mit Konfessionsschulen, die sich in besserem Zustand als die meisten Moscheen befinden, passen nicht ins gängige Elendsklischee. Und das Ausbildungs- und Krankenhaussystem braucht sich vor den meisten anderen afrikanischen Staaten nicht zu verstecken. Mit einer vorausschauenden Stadtplanung wird versucht, dem anhaltenden Zuzug – nach wie vor auch aus dem Südsudan, aber auch von Flüchtlingen aus benachbarten afrikanischen Ländern – standzuhalten. Abends ist man Zeuge eines ausgelassenen Soziallebens in den Straßen, Gärten, Restaurants und Cafes, man sieht mehr weibliche Autofahrer als in vielen anderen muslimischen Ländern, Kinder werden allseits liebevoll umsorgt und die Familienstrukturen sind intakt – ganz im Gegensatz zu den meisten anderen Städten des subsaharischen Afrika mit ihren massiven alkoholbedingten Problemen.

Nicht einmal ausgesprochene Sudan-Kritiker bestreiten, dass Khartum die sicherste Großstadt Afrikas ist. Dennoch gleicht das UN-Hauptquartier inmitten der Stadt einer Festung aus Wachtürmen und Stacheldraht, UN-Mitarbeiter, die sich mit ihren mit hohen Antennen versehenen Geländewagen und Funkgeräten in den Händen in die Stadt wagen, um ihren Kindern ein Eis zu kaufen, scheinen sich ihrem Verhalten nach in Bagdad zu wännen.

Auch auf dem Lande sorgen monumentale Projekte wie mehrere Staudämme und ein Hunderte Kilometer langes

Hochspannungsnetz zur Stromversorgung, der Ausbau von Fernstraßen und Eisenbahnlinien, neue Brücken, Flughäfen, Raffinerien, Pipelines sowie großzügige Bewässerungs- und Siedlungsprogramme zu einer infrastrukturellen Entwicklung, die noch vor wenigen Jahren kaum jemand für möglich gehalten hätte. Logischerweise kann diese Entwicklung im größten Flächenstaat Afrikas nicht überall gleichzeitig stattfinden, doch selbst in entlegenen Regionen wie den Nuba Mountains ist der Fortschritt deutlich spürbar. Diese Beispiele sollen genügen um zu verdeutlichen, dass die jüngsten Rohstoffentnahmen nicht nur kleinen Eliten zugute kommen wie in vielen anderen afrikanischen Staaten.

Noch nie in der sudanesischen Geschichte gab es einen solchen wirtschaftlichen Entwicklungsschub wie in den vergangenen Jahren. Niemand, der die Verhältnisse während Numeiri und von der vorherigen Regierung kannte, die Omar al-Bashir 1989 in einem unblutigen Staatsstreich stürzte, wird dies bezweifeln wollen. Seit 1996 stellt sich der keineswegs radikal-islamisch ausgerichtete Bashir erfolgreich den Präsidentenwahlen. Er gehört dem Stamm der Jaaliyin an, die im Sudan wegen ihrer Tüchtigkeit und Tapferkeit hohes Ansehen genießen. In Anerkennung der Einen, und zum Bedauern Anderer, hat sich der bescheiden lebende sudanesischer Präsident als nicht korrumpierbar erwiesen und pragmatisch die Verbesserung der Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten vorangetrieben. Ausländische Investoren versichern, dass sie keinen einzigen Euro Bestechungsgeld zu zahlen hatten, sicherlich ein Unikum nicht nur in Afrika.

Die europäisch-sudanesischen Beziehungen

Im März 2008 fand in Khartum das mehrtägige »Sudanese European Relations Forum« statt, das einer offenen Diskussion der stark abgekühlten europäisch-sudanesischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Kultur gewidmet war. Neben Journalisten aus aller Welt, einschließlich wenig Sudanfreundlicher Stimmen wie Voice of America, wurden auch mehrere europäische Botschafter zu der öffentlichen Podiumsdiskussion eingeladen, welche aber einer nach dem anderen vom Programm verschwanden, nachdem sie offenbar von ihren Regierungen zurückgepfiffen wurden. Wer kam offiziell als einziger? Der US-amerikanische diplomatische Geschäftsträger. Der wiederholte dann auch unverblümt die allbekannten Standpunkte seiner Regierung, selbst wenn es gelegentlich den Anschein hatte, er wüsste es eigentlich besser. Und bekam nach seiner Rede sogar noch Höflichkeitsapplaus von dem wohl informierten, divergenten und engagierten sudanesischen Publikum, das wohl kaum eine seiner Ansichten teilte. Dies zeigt die respektable Diskussionskultur im Sudan. Bei einschlägigen Sudan-Veranstaltungen in Deutschland wie zum Beispiel in einer Berliner Kirche oder im dortigen Jüdischen Museum wurde nach stundenlangen Vorhaltungen der von Anti-Khartum-Aktivistinnen bestimmten Podiumsdiskussion dem sudanesischen Botschafter sogar die Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme verwehrt, anders lautende Stimmen wurden erst gar nicht eingeladen; dies zur Diskussionskultur im demokratischen Europa.

Viele der Anwesenden dürften nach den zahlreichen Vorträgen und Stellungnahmen und der höchst lebendigen Diskussion zu dem Eindruck gelangt sein, dass sich die europäischen Regierungen von der starren US-amerikanischen Politik und Lobby vereinnahmen haben lassen und dass es für den Sudan kaum mehr Sinn macht, weiter mit wenig Erfolgsaus-

sichten um jeden Preis die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Europa zu suchen, während China und andere asiatische wie nichtasiatische Länder mit Milliarden an Investitionen, Entwicklungsgeldern und Krediten bereit stehen. Die Sudanesen sind sich dabei durchaus im Klaren, dass es auch den fernöstlichen Staaten im Wesentlichen ums Öl und andere Rohstoffe geht; aber ging es den westlichen Mächten je um Anderes, von strategischen Interessen einmal abgesehen?

In der Tat spricht Einiges dafür, dass einige wenige, aber fast allen Parteien angehörige Politiker und Politikerinnen, die sich durch ein hohes Maß an Voreingenommenheit, Überheblichkeit und Belehrungsresistenz auszeichnen, nicht nur dafür gesorgt haben, dass die europäische Entwicklungszusammenarbeit (übrigens schon lange vor dem Darfur-Konflikt) eingestellt wurde, sondern auch dass der im Sudan einst hervorragend aufgestellten europäischen Wirtschaft Milliardenaufträge für die laufenden Großprojekte verloren gingen, durch welche zweifellos viel mehr politische Einwirkungsmöglichkeiten entstanden wären als durch den Boykott, der nur den asiatischen Staaten in die Hände spielte.

Die Lage in den internen Flüchtlingslagern

Nach wie vor befinden sich Hunderttausende, wenn man den offiziellen UN-Verlautbarungen Glauben schenken will mit 2,5 Millionen sogar fast die Hälfte der gesamten Darfur-Bevölkerung, in den Auffanglagern um die größeren Städte wie Nyala oder El Fasher. Die Camps beherbergen somit ein Mehrfaches der jeweiligen Stadtbevölkerung. Den ortsfremden Insassen der Flüchtlingslager geht es inzwischen oft besser als den Einheimischen, denen Weiden und Äcker genommen und oft buchstäblich das Wasser abgegraben wurden, was verständlicherweise zu wachsenden Spannungen geführt hat. Die meisten dort lebenden Kinder und Jugendlichen kennen seit fünf Jahren kaum Anderes als das Warten auf die nächsten Getreidelieferungen, anstatt zu lernen, wie man für sich selbst sorgt, und die Geburtenrate steigt unaufhörlich. So wollen nach Aussage des bestens informierten Gouverneurs von El Fasher – übrigens ein Berti, also nach dem gängigen Schema der »afrikanischen« Opfer-Ethnie angehörend – 35 Prozent der Lagerbewohner auch nach einem Friedensschluss nicht mehr zurück in ihre Heimatgebiete, ein schweres Vermächtnis für die Zukunft. In dieser frustrierenden Situation sind besonders die Heranwachsenden empfänglich für jegliche Beeinflussung durch ausländische NGOs, die der Khartumer Zentralregierung alle Schuld für ihr Schicksal anheften.

Viele Sudanesen sind inzwischen zu der Ansicht gelangt, dass die Lager hauptsächlich zu einem riesigen Beschäftigungsprogramm für westliche Hilfsorganisationen geworden sind. Der immer wieder angedrohte Abzug der zahlreichen NGOs wäre vorrangig eine Katastrophe für diese selbst, nicht für den Sudan. Unschwer nachvollziehbar empört zum Beispiel, dass eine amerikanische Hebamme mit 30000 US-Dollar pro Monat (!) entlohnt wird, wovon man eine Vielzahl sudanesischer Hebammen einstellen könnte, die dann auch der Landessprache kundig wären; oder dass mit Hubschraubern bis zu 5000 Euro pro Stunde Duschwasser für UN-Mitarbeiter eingeflogen wird, die einen Anspruch auf 110 Liter pro Tag besitzen, während die Einheimischen von wenigen Litern am Tag leben; oder dass z.B. in den Nuba Mountains für eine einfache Unterkunft mit Glühbirne von ausländischen Helfern bis zu 100 US-Dollar pro Nacht bezahlt werden, wodurch die Einheimischen mit ihrem geringen Monatseinkommen zunehmend

aus ihren eigenen Ortschaften verdrängt werden. In diesem Zusammenhang verwundert auch nicht mehr, dass von den zig Millionen US-Dollar der vom American Jewish World Service und dem U.S. Holocaust Memorial Museum gegründeten »SaveDarfur«-Kampagne bisher kein einziger bei den Betroffenen in Darfur angekommen ist. Stattdessen verwendet man die Millionen für ganzseitige Anzeigenschaltungen und hauptberufliche Anti-Khartum-Lobbyisten in den USA.

Bei den milliardenschweren Militäreinsätzen der UNMIS (United Nations Missions in Sudan) und UNAMID (United Nations – African Union Mission in Darfur) dürfte es grundsätzlich kaum anders liegen; Armeen besonders der Entwicklungsländer finden für ihre überschüssigen Soldaten eine lukrative und risikoarme Einsatzmöglichkeit. Schon ein Blick mit Google Earth auf die auf dem Flughafen von Khartum geparkten UN-Flugzeuge lässt die Kosten der von den Sudanesen wenig geschätzten »Peacekeeper« erahnen.

Die Ursachen der jetzigen Situation

Es ist hier nicht der Ort, die Beschreibung der vielfältigen Hintergründe der heutigen humanitären Krise in Darfur zu wiederholen, die im Wesentlichen in der Verfünfachung der Bevölkerung in den letzten 50 Jahren und daraus resultierenden eskalierenden Konflikten zwischen sesshaften Bauern und Viehhaltern um immer spärlicher werdende natürliche Ressourcen wie Acker- und Weideflächen, Wasser oder Holz zu suchen sind.¹ Hinzu kam eine zunehmende Verschlechterung der Sicherheitslage durch immer mehr umherziehende Umweltflüchtlinge, Diebe und Räuber. Selbst die dämonisierten »Dschandschawid« sind hauptsächlich nomadische Hirten in alter Konkurrenz mit der sesshaften Bevölkerung und nicht von der Zentralregierung gesteuerte Killer. Bereits die ersten Reiseberichte von el-Tunisy aus den Jahren 1805 bis 1815 oder das aufschlussreiche Werk Gustav Nachtigals über seinen Aufenthalt im Jahr 1873 hätten manchem Reporter von BBC und CNN helfen können, Missverständnisse und Fehleinschätzungen bezüglich Darfur zu vermeiden. Der entscheidende Grund für die jüngste Ausweitung des Konflikts dürfte jedoch – wie so oft in der afrikanischen Geschichte – in ausländischen Rohstoffinteressen vor allem an Erdöl und Uran liegen, wofür regionale Autonomiebestrebungen und die humanitäre Krise als Vorwand für westliche Interventionen instrumentalisiert wurden.² Bei Krisen in Afrika empfiehlt sich stets ein Blick auf eine aktuelle geologische Karte.

Die Posse des ICC-Chefanklägers

Es war vorhersehbar, dass rechtzeitig zur Eröffnung der Olympiade in China abstruse Thesen wie die der »Völkermordspiele« der Schauspielerin Mia Farrow hochgespielt würden. Ebenso termingerecht erfolgte nun die seit fünf Jahren angekündigte Anklage des Chefanklägers des Internationalen Gerichtshofs. Zunächst fragen sich kritische Zeitgenossen nicht nur in der arabischen Welt, warum der jetzt so eifrige argentinische Staatsanwalt Luis Moreno-Ocampo nicht zuvor Anklage gegen die US-Regierungsmitglieder Bush, Cheney, Rumsfeld und Wolfowitz wegen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen den Irak mit seiner Million von Todesopfern und noch mehr Verletzten und Flüchtlingen erhoben hat; die Beweislage für eine Verurteilung dürfte nicht schwierig sein. Freilich gäbe es da das 2002 vom US-Kongress verabschiedete Gesetz, das die Regierung ermächtigt, militärische Mittel zur Befreiung US-amerikanischer Staatsangehöriger aus der Obhut des ICC anzuwenden.

Stattdessen stellt der Justizvertreter aus Den Haag zum ersten Mal in der Geschichte des ICC einen Antrag auf Festnahme eines amtierenden Regierungschefs. Wie gesagt: einen Antrag, selbst wenn in den meisten Leitartikeln und Kommentaren der Eindruck entsteht, der ach so ehrenvollen Anklage sei bereits oder so gut wie entsprochen, den alten Rechtsgrundsatz der Unschuldsannahme bis zum Richterspruch negierend.

In einem ausführlichen Interview, das Moreno-Ocampo am Vortag der Anklageerhebung dem Senior CNN-Reporter Nic Robertson gegeben hat, kann sich jeder von seiner widersprüchlichen und wenig überzeugenden Anklageführung ein Bild machen.³ Auf hartnäckiges Nachhaken räumt er dort ein, keine »smoking gun« gegen Bashir zu haben. Man darf sich vergegenwärtigen: Der Chefankläger des ICC erhebt nach fünfjährigen Recherchen seines umfangreichen Stabes Anklage wegen Völkermords gegen den gewählten Präsidenten des größten afrikanischen Landes ohne einen stichhaltigen Beweis. In jeder kleinstädtischen Gerichtsbarkeit müsste er mit einer derart wackligen Anklageerhebung wohl den Hut nehmen.

Höchst verwunderlich in einem Fall dieses Ausmaßes ist es, dass der Chefankläger und seine Mitarbeiter keinerlei Untersuchungen in Darfur, am Ort der behaupteten Verbrechen, durchgeführt haben. So basiert ihre Argumentation hauptsächlich auf Interviews und Zeugenaussagen, die in der weit entfernten Hauptstadt Khartum gesammelt wurden (was sicher bequemer war), UN-Dokumenten und allgemein zugänglichen Quellen. In dem CNN-Interview bekennt der Chefankläger, dass er auch keinerlei Informationen von Geheimdiensten und Mitarbeitern von UN und NGOs erhalten oder berücksichtigt hat; man fragt sich natürlich: gibt es gar keine, oder falls doch warum nicht?

So rekurriert der seinem Hauptanklagepunkt Völkermord offenbar selbst nicht trauende Staatsanwalt nun auf Vergewaltigungen, ein besonders sensibles und emotional besetztes Thema, vermutlich auch bei den drei Richterinnen aus Ghana, Brasilien und Litauen, die allein über die Zulassung des Haftbefehls zu entscheiden haben. Es ist eine traurige Tatsache, dass Vergewaltigungen weltweit geschehen, und seit Beginn des Konflikts anscheinend auch in zunehmendem Maße in Darfur. Doch der Chefankläger lässt sich nicht auf irgendwelche gesicherten Zahlen festlegen, versteigert sich schließlich aber doch in die ungeheure Behauptung, Bashir hätte in einer direkten Befehlskette die Vergewaltigung von Mädchen und Frauen angeordnet. Das geradezu entlarvende Interview beendet Moreno-Ocampo mit ebenso diffusen wie unhaltbaren Anspielungen, Bashir wolle die Fur, Massalit und Zaghawa zerstören. Dieser Vorwurf ist so abwegig, dass er eigentlich keiner Richtigstellung bedürfte. Die Zaghawa, zum Beispiel, sind eine der einflussreichsten Ethnien im Vielvölkerstaat und aus sudanesischer Politik, Gesellschafts- und Geschäftsleben überhaupt nicht wegzudenken. Wie schon die UN seit 2005 spricht inzwischen nicht einmal mehr die Bush-Regierung von Völkermord, weil sie weiß, dass der unaufhörlich geäußerte Vorwurf nicht haltbar ist. So dürfte eine Zulassung der Anklage höchst unwahrscheinlich sein, es sei denn, der ICC übernehme vom Gastgeberland und Hauptfinancier der UN auch dessen Verfahrensregeln von Guantanamo. Möglicherweise wird dann statt eines Freispruchs mangels Beweisen die pragmatische Argumentation vorgezogen werden, dass eine Anklageerhebung negative Folgen auf die UN-Missionen und die Arbeit der Hilfsorganisationen haben könnte, so dass der Makel erhalten bleibt.

Inzwischen hat es Moreno-Ocampo jedenfalls zur meist gehassten Person der sudanesischen Bevölkerung geschafft, dem Ansehen seiner Behörde in Afrika und der arabischen Welt den Rest an Glaubwürdigkeit genommen, eine Welle der Solidarisierung ausgelöst und sogar dafür gesorgt, dass sich ärgste Kritiker wie der von Bashir selbst gestürzte ehemalige Präsident Sadiq el Mahdi jetzt hinter ihn gestellt haben.

Das Versagen der westlichen Medien

Seit Beginn des Konflikts Anfang 2003 haben sich die westlichen Medien schwerer Pflichtversäumnisse schuldig gemacht. Sorgfaltspflicht in der Berichterstattung und deren Trennung von der Kommentierung scheint für den Sudan nicht zu gelten; investigativer Journalismus und Vermittlung von Hintergrundwissen eine Rarität, zu teuer oder in den von Absatz- und Anzeigenmärkten bestimmten Medienkonzernen nicht mehr erwünscht zu sein; Zivilcourage ein Karriereschädigendes Relikt aus den 1960ern. Einer der erfahrensten Afrikakorrespondenten, Jonathan Steele vom Guardian, hat ausführlich dargestellt, wie die Medien dazu beigetragen haben, den Darfur-Konflikt zu verlängern.⁴

Was nun in Folge der Anklageerhebung des Chefanklägers des Internationalen Gerichtshof zu lesen war, muss jedem unvoreingenommenen Landeskenner den Rest an Gelassenheit rauben, es sei denn, man ist wie so viele, die sich lange in Afrika aufgehalten haben, angesichts derlei opportunistischer Ignoranz längst in Zynismus oder Resignation verfallen.

Kaum ein Vorwurf, egal wie unbedarft und realitätsfern, der nicht den Weg in die Medien fände. Oft in der gleichen Zeitungsausgabe gleich dreimal. Während im Kommentar wieder Hunderttausende von Ermordeten angeführt werden, wird konkret im Nachrichtenteil lediglich berichtet, dass zwei (!) Fahrer von Hilfskonvois getötet wurden. Letzteres übrigens freilich auch nur, weil die UN Schutz durch Regierungssoldaten weiterhin ablehnt, und weil die Versorgungskonvois Rebellen und Banditen magisch anziehen. Dieses Missverhältnis scheint dem Kommentator nicht zu denken gegeben haben. Schließlich erfährt man im Sportteil mit Staunen, dass der jüngst eingebürgerte Bannerträger sudanesischer Herkunft, der die US-Mannschaft bei der Eröffnung der Olympiade anführte, das Laufen auf der Flucht vor den Dschandschawid gelernt hätte. Dabei wird natürlich nicht hinterfragt, dass es diese vor 17 Jahren nach gängiger Lesart noch gar nicht gegeben hat, und erst recht nicht im Süd-Sudan. Im Sudan lebende Familien amüsieren sich übrigens schon lange über den Sinneswandel, der ihre auswandernden Angehörigen in kürzester Zeit ereilt, sofern sie im Ausland bleiben wollen, und sie zu allseits hoffierten Propagandisten gegen ihre eigene Heimat macht. Auf diese Weise sind sie (zumindest in einer gerade noch medienwirksamen Anzahl) selbst im sonst so hellhäutigen Israel willkommen.

Warum werden nach wie vor Opferzahlen von Hunderttausenden Ermordeten wiederholt, aber kein Journalist oder Moderator fragt sich, warum noch kein Foto eines Massakers oder Massengrabs bekannt geworden ist – es wäre mit Sicherheit um die Welt gegangen. Dies in einer Zeit, wo allgemein zugängliche Satellitenaufnahmen jede einzelne Leiche und Spionage-Satelliten inzwischen wohl eine Münze aus dem All erkennen lassen. Wer glaubte, dass sich irriige Behauptungen wie die angeblichen irakischen Massenvernichtungswaffen in den europäischen Medien nicht lange halten würden, sieht sich eines Besseren belehrt.

Die US-amerikanische Öffentlichkeit und leider auch die europäische brauchen anscheinend simple Feindbilder – oder haben sich an diese gewöhnt – statt einer wirklichkeitsgetreuen Differenzierung. Diese werden von den Medien offensichtlich gerne bedient, Realität hin, Realität her. Aktivistinnen wie die zuletzt in Horrorfilmen mimende Schauspielerin Mia Farrow finden da eine willkommene Gelegenheit zur Selbstdarstellung und Medienpräsenz, wobei sie sich der Unterstützung zahlloser Sponsoren und all der vermeintlichen Gutmenschen und Besserwisser sicher sein können.

Das Unvermögen der UN

Es war ein tragischer wenn nicht gar sträflicher Fehler der Vereinten Nationen, Hunderttausende wenn nicht gar zweieinhalb Millionen von Menschen (sofern man den UN-Verlautbarungen folgen will) de facto in die internen Flüchtlingslager gelockt zu haben. In mobilen Subsistenzgesellschaften wie in Darfur wird jede Mutter auch ohne unmittelbare Bedrohung ihre entlegene Grashütte aufgeben und Hunderte Kilometer weit laufen in Erwartung von Lebensmitteln und eines Arztes, eines Zeltes, einer Decke, leicht verfügbaren Wassers, einer Schule und sozialer Kontakte, einem überaus wichtigen Faktor sudanesischen Lebens. Dort werden die Menschen nun seit Jahren mit westlichen Überschussproduktionen an Getreide versorgt, statt in ihren Heimatgebieten mit Pflügen und Eseln, um für sich selbst sorgen zu können. Immer mehr Kinder wachsen nun schon seit fünf Jahren in einer passiven Haltung auf, was nichts Gutes verheißen kann.

Weitgehende Sicherheit – absolute Sicherheit wird es in einer Region wie Darfur auf lange Sicht kaum geben können – hätte unvergleichlich kostengünstiger durch das Anwerben und die Ausbildung ortskundiger einheimischer Kräfte gewährleistet werden können, die mit ihren Kamelen oder Pferden jeden Punkt erreichen können. Natürlich wäre dies nur in Zusammenarbeit mit lokalen Regierungsbehörden möglich gewesen, was jedoch von den westlichen Regierungen in ihrer starren Haltung immer kategorisch abgelehnt wurde. Nun patrouillieren waffenstrotzende UNAMID-Soldaten aus Ruanda oder Nigeria im Rambo-Look wenig effizient um die Camps; sprach- und ortsunkundig können sie mit ihren Fahrzeugen kaum die wenigen Pisten verlassen und Gebiete fern ihrer Kasernen erreichen. Dort hat sich an der Sicherheitslage kaum etwas verbessert; im Gegenteil, jederzeit grenzüberschreitende Rebellengruppen und Banditen haben eher zugenommen und agieren inzwischen bis nach Ägypten hinein.

Die Folgen der westlichen Einmischung

Könnte man dies Alles nur als eine Grotteske betrachten, die sich in Afrika jedes Mal wiederholt, sobald Rohstoffe oder Machtinteressen ausländischer Staaten im Spiel sind, und abwarten, bis sich irgendwann die Tatsachen durchsetzen werden. Der Sudan hat seit seinen ersten Widerstandsbewegungen gegen die europäischen Kolonialmächte Ende des vorletzten Jahrhunderts schon Vieles erlitten und überstanden. Davon zeugt noch heute der Grundriss Khartums, der nach Niederschlagung des mutigen Aufstands und der Einebnung der alten Stadt durch die britischen Besatzer im Muster des Union Jack angelegt wurde.

Doch entgegen all der humanitären Rhetorik schmerzt die Ahnung, dass man mit einer vernünftigen Politik und mit den verschwendeten Milliarden Darfur zu einer der glücklichsten Regionen des Kontinents hätte machen können. Stattdessen

ermutigen die ICC-Anklage und westliche Politiker wie z. B. der französische Außenminister Kouchner weiterhin die Rebellen, die übrigens bei dem jüngsten Überfall auf Omdurman mit ihren zwangsrekrutierten Kindersoldaten von Glück reden konnten, nicht im Stau stecken geblieben zu sein.

Dabei gelten die ursprünglichen Frontstellungen schon lange nicht mehr. Zerwürfnisse aufgrund politischer Meinungsunterschiede und persönlicher Rivalitäten haben zum weitgehenden Zerfall der Rebellenbewegung geführt, deren einzelne Fraktionen sich nun alltäglich Gefechte liefern.⁵ Viele Aufständische wurden zu Räubern. So ist in dem immer unüberschaubarer werdenden Konflikt kaum mehr auszumachen, wer die Verantwortlichen der Verbrechen an der Zivilbevölkerung und der Überfälle auf UN und NGOs sind. Gleichzeitig nimmt die Verbreitung von Kleinwaffen und Landminen ständig zu; die Lektion aus Afghanistan wurde nicht gelernt.

Doch die größten Probleme stehen noch bevor, wenn eines Tages das Interesse der westlichen Öffentlichkeit und Politik an Darfur erlahmt, die Spendengelder knapp werden, die Camps aufgelöst und ihre Bewohner in die Herkunftsgebiete zurückgeschickt werden müssen, die inzwischen verwahrlost oder von Anderen eingenommen sind. Wie im Irak zeichnet sich durch unbedachtes Vorgehen ein neues Debakel ab. UN und NGOs sitzen in der Klemme. Eine Exit-Strategie ist nicht in Sicht.

Es wäre naiv anzunehmen, gegen die bewährten Feindbilder der westlichen Medien, starrköpfiger Politiker, fanatischer Aktivistinnen und vermeintlicher Gutmenschen momentan etwas ausrichten zu können. Dennoch sollte jeder unvoreingenommene Kenner der Verhältnisse zum Wohle der Menschen in Darfur und trotz mancher Anfeindung nicht aufgeben zu versuchen, das virtuelle Bild in den Köpfen durch ein realitätsgetreues zu ersetzen, die Hintergründe und Akteure zu benennen, die aberwitzig teuren wie letztendlich nutzlosen ausländischen Militäreinsätze in Frage zu stellen und für eine möglichst sachgemäße und nachhaltige Hilfe in konstruktiver Zusammenarbeit mit den sudanesischen Institutionen einzutreten. Früher oder später werden sich die westliche Berichterstattung und Meinungsmache zum Darfur-Konflikt als Paradebeispiel von Irreführung und Mitschuld an fehlgeleiteter Politik erweisen. 

Dr. Stefan Kröpelin ist Geograph und Geoarchäologe an der Universität zu Köln. Er ist Leiter von Forschungsprojekten im Sudan und im Tschad, hat über das West- und Nord-Darfur querende Wadi Howar promoviert und forscht seit über 25 Jahren in der heutigen Krisenregion zur Klima- und Besiedlungsgeschichte der östlichen Sahara. Sein letzter Aufenthalt in Khartum und El Fasher fand im März 2008 statt.

E-Mail: s.kroe@uni-koeln.de

Fußnoten

- 1 Stefan Kröpelin. Darfur: Der inszenierte Konflikt – Das Spiel mit der Weltöffentlichkeit. *INTERNATIONAL IV/2006*, 8–13 (sowie unter www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/kroepelin3.html).
- 2 David Hoile. Darfur – The Road to Peace (3rd edition). *European-Sudanese Public Affairs Council*, London. 540 pp. April 2008.
- 3 Nic Robertson. CNN exclusive: ICC prosecutor on Darfur charges. July 14, 2008. edition.cnn.com/2008/WORLD/africa/07/14/icc.transcript/index.html
- 4 Jonathan Steele. Die Medien und der Krieg in Darfur – und wie die Medien diesen Krieg verlängert haben. Vortrag im Ägyptischen Museum Berlin, 30. Juni 2007. *aMun 9. Jahrgang/Heft Nr. 34 – Oktober 2007*, pp. 10–16.
- 5 Victor Tanner & Jérôme Tubiana. *Divided They Fall: The Fragmentation of Darfur's Rebel Groups*. *Small Arms Survey HSBA Working Paper 6*, 78 pp. July 2007.